

Pressemitteilung

3. Juni 2020

Corona-Pandemie und Arbeitsmarktpolitik **Wachstumsimpulse für mehr Beschäftigung**

Berlin – Aktuell geht jeder fünfte Fall von Arbeitslosigkeit auf das Konto der Corona-Pandemie. Tendenz weiter steigend. Die drastisch steigenden Ausgaben der Sozialkassen drohen durch Beitragssteigerungen den Arbeitsmarkt zusätzlich zu belasten. Diese Gefahr sieht auch eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Laut einer aktuellen [Civey-Umfrage](#) halten 62 Prozent steigende Lohnnebenkosten für gefährlich, während nur 21 Prozent steigende Lohnnebenkosten für ungefährlich halten.

Damit aus der aktuellen Krise kein verfestigtes Arbeitsmarktproblem wird, fordert die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Das Ziel ist ein Neustart am Arbeitsmarkt, der mit Wachstumsimpulsen neue Jobs schafft und vorhandenen Arbeitsplätze sichert.

Was jetzt zu tun ist:

- Ein weiterer Anstieg der Lohnnebenkosten muss verhindert werden. Das gilt sowohl für die Arbeitslosenversicherung, als auch für die Rentenversicherung. Durch die Wiedereinsetzung des Nachholfaktors in der Rentenversicherung würden die krisenbedingten Belastungen gerechter verteilt und die Beitragszahler nicht länger einseitig belastet.
- Die Kapitalausstattung der Unternehmen muss gestärkt werden, zum Beispiel durch eine Ausweitung der Verlustvor- und -rückverrechnung.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit muss verbessert werden. Dazu ist unter anderem ein wettbewerbsfähigeres Steuer- und Abgabensystem nötig.
- Unnötige Bürokratie muss abgebaut werden. Gleichzeitig müssen Investitionen durch eine schnellere Verwaltung erleichtert werden.
- Die Exportnation Deutschland ist auf fairen und freien Handel angewiesen. Der muss mit europäischen Abkommen ausgebaut und vorangebracht werden.

Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, fordert von der Bundesregierung einen Neustart ihrer Arbeitsmarktpolitik: „Jetzt muss alles getan werden, was neue Arbeitsplätze schafft und alles unterlassen werden, was vorhandene Arbeitsplätze gefährdet. Für alle Maßnahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung muss der Effekt auf den Arbeitsmarkt das zentrale Kriterium sein. Wer jetzt Steuererhöhungen androht, gefährdet Arbeitsplätze und erstickt schon im Keim jede Trendwende am Arbeitsmarkt.“

Die aktuellen Forderungen der INSM finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de